

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. II/2003
am Dienstag, 04.03.2003, 16.00 Uhr,
Ort: CVJM-Heim, Märkischer Ring 101

Anwesend waren:

a) als stimmberechtigte Mitglieder

Frau Wolff als Vorsitzende
Herr Söhnchen
Herr Strüwer
Frau Kurte
Herr Finkensiep
Herr Gebauer
Frau Hirsch
Herr Kirchhoff
Herr Grevelhörster
Herr Schledorn
Herr Haensel
Herr Koslowski
Herr Schütte

b) als beratende Mitglieder

Frau Andree
Herr Halfter
Herr Heer
Herr Kruska
Herr Ludwig
Herr Schurgacz
Herr Steuber
Herr Dr. Schmidt
Herr Levien
Herr Kothe

c) als Schriftführerin

Frau Liley

d) Hinzugezogen waren

Herr Goldbach	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Kubitzek	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Rokitta	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Quitter	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Machatschek	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Höbig	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Goebels	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Kortmann	Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen
Frau Ehrlicher	Amt für Schulverwaltung und Hochschulwesen
Herr Dr. Bent	Gesundheitsamt
Frau Dr. Specht	Gesundheitsamt
Herr Chlosta	Hochbauamt

e) mit Entschuldigung fehlten

Herr Röspel

InhaltsverzeichnisTOP Stichwort

1.	Mitteilungen	S. 4
2.	Antrag der SPD-Fraktion zur Satzungsänderung des JHA nach § 6 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates	S. 5
3.	PCP-Belastung in der Kindertagesstätte „Stadtmäuse Wehringhausen“	S. 5-7
3a	Wegfall der Landesmittel für die Stelle „Soforthilfe für Drogenabhängige“	S. 7
4.	Zuleitung der Empfehlungen und Stellungnahmen der Hagener Gesundheitskonferenz 1999 bis 2002	S. 8
5.	Offene Ganztagschule	S. 8/9
6.	Zwischenbericht der Projektgruppe „Qualitätsnetzwerk für den Allgemeinen Sozialdienst“	S. 9/10
7.	Kontrakt mit dem Fachbereich Jugend & Soziales, Abteilung Kinder- und Jugendarbeit	S. 10/11
8.	Umstrukturierung der offenen Jugendarbeit in Berchum und Henkhausen	S. 11/12
9.	Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	S. 12

Frau Wolff eröffnet die Sitzung um 16.10 Uhr.

1. Mitteilungen

Frau Wolff bittet um Rückmeldung, ob auch in diesem Jahr das übliche Seminar stattfinden solle. Vorschläge für ein solches Seminar sollten an die Verwaltung gerichtet werden.

Herr Steuber verweist auf ein Schreiben des ISA, das als Tischvorlage vorliegt. Hagen habe sich an diesem Forschungsprojekt beteiligt und zur Abschlussveranstaltung am 30.04.2003 könnten sich Interessierte selbst oder über die Verwaltung anmelden. Weiter stellt er dem JHA den ihn betreffenden Auszug aus dem Ergebnisbericht zur Ermittlung von Konsolidierungsanforderungen und –potenzialen der Firma Roland Berger zur Verfügung, der zu einem späteren Zeitpunkt im Detail zu erläutern sein werde.

Herr Steuber erklärt, das nach der Beschlussfassung vom 23.01.2003 zum Fortfall des Landeszuschusses für die Stelle „Soforthilfe für Drogenabhängige“ auftragsgemäß eine Vorlage erstellt worden sei. Mit dem Hinweis, dass diese Vorlage finanzielle Auswirkungen habe und ausfallende Landesmittel nicht durch städtische Mittel ersetzt werden könnten, habe die Kämmerin diese Vorlage jedoch nicht unterschrieben. Die Kämmerin stelle anheim, den Beschluss des JHA vom 23.01.2003 in die nächste Sitzung des HFA einzubringen.

Herr Schledorn stellt den Antrag, die Tagesordnung um diesen Punkt zu erweitern, damit er inhaltlich diskutiert werden könne. Er verweist darauf, dass es um eine Berichtsvorlage und um Fachlichkeit gehe und mit dem angestrebten Verfahren dem JHA das Recht genommen werde, vor Zuleitung an den HFA zu beraten.

Frau Wolf stellt Einvernehmen zu diesem Antrag fest und nimmt diesen Punkt unter Nr. 3a in die Tagesordnung auf.

Herr Steuber teilt mit, dass weitere Gespräche mit dem Arbeitsamt Hagen geführt würden, hinsichtlich der Einrichtung einer gemeinsamen Anlaufstelle für junge Menschen in Hagen. Es gebe etwa 1.300 junge Menschen im Alter von 16 bis 25 Jahren in Hagen, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erhielten. Beim Arbeitsamt seien für den Bezirk der Städte Hagen und Breckerfeld 1.500 junge Menschen als arbeitssuchend erfasst. Eine solche gemeinsame Anlaufstelle sei daher sinnvoll.

Herr Kubitzek stellt den Mitgliedern des JHA die angekündigten Unterlagen zur Jugendhilfeplanung zur Verfügung.

Herr Goldbach erklärt, dass die ausgelegte Broschüre, „Hagen gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, die in Kooperation von Jugendring und Fachbereich entstanden sei, die Maßnahmen die in 2002 durchgeführt worden seien, enthalte. Es bestehe die Absicht, die Gesamtaktion, die bundesfinanziert sei, fortzuführen. Ein erneuter Förderantrag sei bereits gestellt. Zum Stadtteilhaus Vorhalle teilt er mit, dass es die ersten Umzüge gegeben habe und am 11. Juli 2003 die offizielle Eröffnung sei.

2. **Antrag der SPD-Fraktion zur Satzungsänderung des JHA nach § 6 Abs. 3 Geschäftsordnung des Rates**

Herr Schledorn erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion.

Herr Strüwer hält es für richtig, junge Leute an die politische Arbeit heranzuführen, bezweifelt aber, ob sie dies als beratende Mitglieder im JHA tun sollten. Er möchte daher ein Verfahren zur Diskussion stellen, wie es beim Stadtsportbund praktiziert werde, also zwei Jugendparlamentarier an den Sitzungen des JHA teilnehmen zu lassen. Diese seien auf die Sitzungen vorzubereiten und müssten im Vorfeld die erforderlichen Informationen erhalten.

Herr Schledorn bittet die Verwaltung um Mitteilung, ob es bereits eine Stellungnahme des Rechtsamtes zu diesem Problem der Satzungsänderung gebe.

Herr Kothe teilt mit, dass das Rechtsamt Anfang Februar 2003 um Stellungnahme gebeten worden sei, da nur volljährigen Einwohnern die Teilnahme erlaubt sei. Diese Stellungnahme liege jedoch noch nicht vor.

Herr Schledorn meint, man könne den Vorschlag von Herr Strüwer aufnehmen und die Beteiligung der Vertreter der Hagener Jugendparlamente bis zum Vorliegen der Stellungnahme des Rechtsamtes pragmatisch umsetzen.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Bis zu einer rechtlichen Klärung der Satzungsfragen sollen die beiden VertreterInnen der Hagener Jugendparlamente die Gelegenheit bekommen, als sachkundige Einwohner an der Sitzung teilzunehmen. Bei der Abfassung der Tagesordnung soll auf die Bedürfnisse Rücksicht genommen werden.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

3. **PCP-Belastung in der Kindertagesstätte „Stadtmäuse Wehringhausen“**

Frau Wolff begrüßt die anwesenden Eltern, Erzieherinnen und Vertreter des Elternrates und gibt ihnen Gelegenheit sich zu äußern. Ein Vertreter der Gruppe bittet den JHA den Eltern zu helfen, die Sanierung durchzuführen. Sie seien bereit zur Selbsthilfe und zu finanzieller Hilfe.

Herr Dr. Schmidt verweist auf die in der Vorlage zusammengefassten Informationen und darauf, dass die Blutuntersuchungen keine Belastung ergeben hätten. Es stelle sich daher die Frage, ob man sich an die vorhandenen Richtlinien halte, dann bestehe kein weitergehender Handlungsbedarf, oder ob man sich über die Richtlinien hinweg setze, dann habe diese Entscheidung aber ein Präzedenzwirkung. Die Verwaltung vertrete die Auffassung, dass die vorhandenen Richtlinien zu beachten seien.

Herr Chlosta erklärt, dass die Kosten für die Kindergartensanierung ermittelt wurden. Diese Kostenermittlung beziehe sich jedoch ausschließlich auf die Sanierung der belasteten Holzflächen und betrage bei allen 7 in Frage kommenden baugleichen Kindergärten insgesamt 440.000 EURO. Enthalten sei in dieser Schätzung allerdings die Erneuerung der Wärmedämmung. Die Finanzierung einer solchen Sanierung sei

zurzeit nicht gesichert, stehe im Haushalt auch nicht zur Verfügung, so dass zusätzliche Mittel erforderlich seien.

Er führt aus, dass in der letzten Zeit noch Messungen im Kindergarten Konkordiastraße und Heckenweg durchgeführt worden seien. Diese neuesten Werte seien aber noch zu relativieren, da die Messung im Winterhalbjahr vorgenommen worden sei und im Sommer, bei höheren Temperaturen, eine Überschreitung der Grenzwerte möglich sei.

Frau Hirsch gibt zu bedenken, dass es hier um die Gesundheit von Kindern gehe und man daher nicht auf fehlende Haushaltsmittel verweisen könne.

Herr Strüwer bittet um Auskunft, ob weitere Messungen in der Tagesstätte Wehringhausen vorgenommen worden seien.

Herr Dr. Schmidt teilt mit, dass dies nicht der Fall sei, da diese gewünschten Messungen erst in den Sommermonaten durchgeführt werden könnten.

Der Vertreter der Eltern macht noch einmal deutlich, dass es nicht auf ein anderes Messergebnis ankomme, sondern dass man das Beste für die Kinder wolle, also Beseitigung jeglicher Schadstoffbelastung.

Es folgt eine Diskussion über wiederholte Messungen in Kindergärten und damit verbundene jeweilige neue Diskussionen, über die Anzahl der Kindergärten, in denen Messungen vorgenommen wurden, die Ergebnisse dieser Messungen hinsichtlich der Material- und Luftuntersuchungen, über Grenzwerte und Notwendigkeit der Sanierung und über die mögliche Gefährdung von Säuglingen. An dieser Diskussion beteiligen sich Herr Schledorn, Herr Dr. Schmidt, Herr Kirchhoff und eine Vertreterin der Eltern.

Herr Haensel verweist auf das Gutachten der Firma Roland Berger und fragt, wie das Zusammenspiel professioneller und ehrenamtlicher Arbeit geschehen solle, wenn aus einer Einrichtung das Angebot einer Elternmitarbeit formuliert werde. Die Stadt brauche Erfolgsergebnisse hinsichtlich der im Gutachten angesprochenen umzusetzenden Leitbilder.

An der nachfolgenden Diskussion über einen möglichen Elterneinsatz und damit verbundener Kostenminimierung beteiligen sich Herr Kirchhoff, Herr Chlosta und Herr Schledorn.

Herr Schledorn schließt sich den Ausführungen von Frau Hirsch an und meint, es müsse saniert werden.

Herr Strüwer hat Sorge, dass mit der Durchführung der Sanierung ein Präzedenzfall geschaffen werde, daher stimme seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zu. Er fügt hinzu, dass er sich aber vorstellen könne, dass unter Einbindung des Werkhofs und unter Einbeziehung der Elternhilfe und der veranschlagten Ansätze für Instandhaltungen Möglichkeiten einer Finanzierung bestünden.

Herr Haensel beantragt, die Beteiligung der Eltern in den Beschluss aufzunehmen.

Herr Strüwer schlägt vor, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und darüber hinaus den Beschlussvorschlag zu erweitern.

Frau Wolff stellt den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Bericht der PCP-Belastung in der Kindertagesstätte „Stadtmäuse Wehringhausen“ wird zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Mitwirkung von Werkhof und Elterninitiative sowie unter Einbeziehung von Instandsetzungsmitteln die sukzessive Erneuerung der Decken in den Kindergärten vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	dafür	13 Stimmen
	dagegen	0 Stimmen
	Enthaltungen	0 Stimmen
	also einstimmig	

3a Wegfall der Landesmittel für die Stelle „Soforthilfe für Drogenabhängige“

Herr Steuber verweist noch einmal auf seine Mitteilung hinsichtlich der Vorlage zum Beschluss vom 23.01.2003. Da die Kämmerin den Beschluss nicht mittrage, solle der Beschluss des JHA in die nächste Sitzung des HFA gegeben werden.

Herr Strüwer betont, dass der geforderte Bericht nicht gleichzeitig eine Beschlussfassung dahingehend bedeute, dass die Kämmerin gebeten werde, Mittel zur Verfügung zu stellen. Daher hätte ein Sachbericht durchaus vom JHA in Empfang genommen werden können.

Herr Dr. Schmidt erläutert den Standpunkt der Kämmerin und meint, der Verweis an den HFA sei ein zeitlicher Gewinn.

Herr Schledorn bittet um Mitteilung, ob dem HFA die erstellte Vorlage vorgelegt werde oder der Antrag des JHA. Der JHA sei gehalten, fachlich zu beraten, sodass die Vorlage vom HFA an den JHA zurückgegeben werden müsse.

Herr Dr. Schmidt erklärt, dass er in Absprache mit der Verwaltung die Abgabe an den HFA veranlasst habe, da er keinen Diskussionsbedarf mehr gesehen habe, der Auftrag des JHA sei von der Verwaltung abgearbeitet worden.

Auf die Frage von Herrn Strüwer, ob Frau Schwab, die bisher für diesen Arbeitsbereich zuständig war, noch bei der Stadt beschäftigt sei, erklärt Herr Steuber, sie sei derzeit bei der Stadt Hagen in einem anderen Arbeitsfeld tätig.

Herr Steuber stellt noch einmal klar, dass es der Kämmerin nicht darum gehe, den Beschluss, der in dieser Sitzung gefasst worden wäre, wenn die Vorlage vorgelegen hätte, an den HFA zu verweisen, sondern den Beschluss vom 23.01.2003.

Frau Wolff stellt sodann folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss den beigefügten Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 23.01.2003 zu bestätigen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig-

4. Zuleitung der Empfehlungen und Stellungnahmen der Hagener Gesundheitskonferenz 1999 bis 2002

Herr Dr. Bent teilt mit, dass die Gesundheitsberichterstattung jährlich stattfinden solle. Der Aufbau dieser Berichterstattung habe etwas Zeit in Anspruch genommen, inzwischen lägen aber erste Arbeitsergebnisse vor, z.B. die Broschüren *Gesund in Hagen* und *Selbsthilfe in Hagen*. Zukünftig werde, falls gewünscht, jährlich berichtet.

Frau Dr. Specht fasst die Informationen aus der Vorlage kurz zusammen.

Auf die Frage von Herrn Kruska, was mit dieser Arbeit erreicht werde, erläutert Herr Dr. Bent, dass zunächst die Situation der Gesundheitsangebote in Hagen dargestellt werden sollte. Arbeitsschwerpunkte und Strukturen würden deutlich, so dass relativ schnell spezifische Informationen abgefragt werden könnten. Weiter sei es nun Aufgabe der Gesundheitskonferenz, im Vergleich mit der Ist-Situation zu prüfen, ob und wo Defizite vorhanden seien.

An der nachfolgenden Diskussion über die Veröffentlichung der Arbeit der Gesundheitskonferenz, die Auflagenzahl, die Internetnutzung und andere Formen der Darstellung beteiligen sich Herr Kruska, Herr Dr. Bent und Herr Söhnchen.

Frau Wolff verweist auf die bisherige jährliche Berichterstattung über die Kinder der Stadt Hagen, z.B. im Bereich der Schuluntersuchungen, der Mütterberatungen usw. Sie bittet um diese Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Dr. Bent teilt mit, dass diese Daten derzeit gesammelt würden und in der übernächsten Sitzung präsentiert werden könnten.

Frau Hirsch bittet um Angabe der rechtlichen Grundlagen zu den Schuleingangsuntersuchungen. Diese werden im Bericht genannt werden.

Auf Nachfrage von Frau Wolff erklärt Herr Dr. Bent, dass die Zusammensetzung der Gesundheitskonferenz mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt worden sei. Beteiligt seien z.B. das Kinder- und Jugendbüro und der Sozialausschuss.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung und die Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

5. Offene Ganztagschule

Herr Kortmann informiert über die Vorlagen und teilt mit, dass modellhaft mit 3 Grundschulen Gespräche geführt worden seien. Er verweist auf die Kritikpunkte, die in der Vorlage aufgezeigt worden seien. Wesentlich in diesem Zusammenhang sei, dass bei Einrichtung einer Gruppe in einer Schule, in gleicher Kinderzahl die Landesförderung für andere Dinge aufgegeben werden müsse.

Herr Kruska meint, dass man die Streichung von Landesmitteln, die ja als Bewilligung einen begünstigenden Verwaltungsakt darstellten, nicht hinnehmen müsse.

Herr Steuber erklärt hierzu, dass dieser Konflikt anders aufgelöst werde. Ein Errichtungsbeschluss einer offenen Ganztagschule sei dem Rat der Stadt Hagen vorbehalten. Ein solcher Beschluss habe zur Folge, dass damit Hortplätze als Refinanzierung für umgeleitete Landesmittel eingesetzt würden. Die Entscheidung werde damit vom Rat getroffen.

Herr Strüwer und Herr Kirchhoff bemängeln den durch den Erlass ausgeübten Zeitdruck.

Herr Haensel bittet darum, dass bei der vom Rat zu treffenden Entscheidung eine wirkliche Kompetenzvermittlung stattfinde, da aus dem Gefüge der Jugendhilfe ein Stein herausgenommen werde und dies auch andere Tätigkeitsfelder berühre.

Herr Goldbach führt aus, dass die einzelnen Schritte kommunal beschlossen werden müssten. Ganztagsbetreuung an einer Schule könne auch als Jugendhilfe geschehen, also als Pflichtleistung. Diese Regelung sei deshalb gewählt worden, da sonst fraglich sei, ob Kommunen ohne genehmigten Haushalt überhaupt tätig werden dürften.

Herr Strüwer sieht die Gefahr, dass durch die Errichtung der Ganztagschulen die Jugendhilfe auch in die fachliche Verantwortung der Schulbehörde übergehe. Er hält es für sehr wichtig, bei den noch ausstehenden Diskussionen die Kompetenz von Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss zusammenzuführen.

Herr Kortmann, Herr Kruska, Herr Steuber, Herr Machatschek und Herr Haensel stellen fest, dass die weitere Entwicklung nur unter Einbeziehung der freien Träger möglich ist.

Frau Wolff stellt die folgenden Beschlussvorschläge beider Vorlagen zur Abstimmung:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

6. Zwischenbericht der Projektgruppe „Qualitätsnetzwerk für den Allgemeinen Sozialdienst“

Herr Goebels gibt einen kurzen Bericht über die Arbeit der Projektgruppe.

Herr Strüwer verweist darauf, dass zielgenaue und bedarfsgerechte Angebote vergleichbar sein sollen und bittet um Mitteilung, ob es bei der Bestandsaufnahme Auffälligkeiten gegeben habe. Weiter bittet er um Erläuterung des Begriffs Legalbewältigung.

Herr Goebels führt aus, dass es Qualität immer gegeben habe, aber nun der Ist-Zustand zu formulieren sei. Es gebe Abweichungen, da bisher kein Standard festgelegt worden sei.

Herr Höbig erklärt, mit dem Begriff Legalbewältigung sei gemeint, dass Jugendliche lernen sollten, Hilfen anzunehmen, um „in der Gesellschaft klar zu kommen“ in Abgrenzung zur Straffälligkeit.

Herr Steuber macht noch einmal deutlich, dass nun verbindlich dokumentiert sei, welche Ziele erreicht werden sollten. Dies sei an harten Kriterien festgemacht, die den Erfolg der Arbeit messbarer machten als bisher.

Auf Nachfrage von Frau Wolff teilt er mit, dass diese Qualitätsbeschreibungen zunächst auf die hier angesprochenen 10 Produkte beschränkt seien.

Herr Höbig gibt bekannt, dass auch die Jugendgerichtshilfe nach diesem Verfahren beschrieben werden solle.

Herr Haensel erklärt, dass kein anderer Träger so etwas zu bieten habe. Diese Beschreibung mache es den Trägern einfacher, die Schnittstellen deutlicher zu machen.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage über die Arbeit der Projektgruppe „Qualitätsnetzwerk ASD“ zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

7. Kontrakt mit dem Fachbereich Jugend & Soziales, Abteilung Kinder- und Jugendarbeit

Herr Gebauer bittet um Auskunft, ob im Budget auch zentrale Steuerungskosten enthalten seien.

Herr Steuber verneint dies für die Kosten der Stadtverwaltung insgesamt; die Kosten, die dezentral im Fachbereich ausgelöst würden, seien enthalten.

Herr Strüwer äußert den Wunsch, unter Punkt 4 des Beschlusses noch folgenden Satz einzufügen:

Die fachliche Begleitung und die politische Anbindung hat bei einschneidenden Veränderungen und Verlagerungen im JHA zu erfolgen.

Herr Haensel hält diese Ergänzung für sinnvoll.

Herr Kirchhoff bittet ebenfalls um Erweiterung des Beschlusses unter Punkt 4, dieser soll lauten:

Im übrigen ist dem Jugendhilfeausschuss in halbjährlichen Abständen über das Erreichen der vereinbarten Leistungs- und Finanzierungsziele zu berichten.

Herr Steuber erklärt, dass der Punkt 4 des Beschlusses allgemein gehalten sei. Mit diesem Kontrakt werde eine Selbstbindung des Fachbereichs mit dem Oberbürgermeister eingegangen. Bei Veränderungen in den Arbeitsfeldern müsse auch der Jugendhilfeausschuss beteiligt werden. Eine Erweiterung des Beschlusses sei daher möglich, aber nicht notwendig, da sich die Vorgehensweise bereits aus dem KJHG und der Satzung des Jugendamtes ergebe.

Unter Hinweis auf den Beitrag von Herrn Steuber erklärt Herr Haensel, die Erweiterung des Beschlusses sehe er nicht mehr als notwendig an.

Herr Strüwer meint, dass diese Erweiterung möglicherweise im HFA nötig sei.

Daraufhin erkundigt sich Herr Steuber, ob es ausreichend sei, den Beschluss um folgenden Satz zu ergänzen:

Die Zuständigkeit des JHA nach Satzung des Jugendamtes und KJHG bleibt unberührt.

Damit erklärt sich Herr Strüwer einverstanden.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. **Der Rat der Stadt empfiehlt der Verwaltung, einen Kontrakt mit dem Fachbereich Jugend und Soziales auf der Grundlage des vorgelegten Kontraktentwurfes zu schließen.**
2. **Der Rat der Stadt legt das Gesamtzuschussbudget für den Kontraktbereich des Fachbereiches Jugend und Soziales auf 4.085.400 Euro (2003 = 2.042.700 Euro, 2004 = 2.042.700 Euro) fest.**
3. **Sollte eine Anpassung des Zuschussbedarfes erforderlich werden (Punkt 4 des vorgelegten Kontraktentwurfes), ist dem Rat zu berichten.**
4. **Im übrigen ist dem Jugendhilfeausschuss in halbjährlichen Abständen über das Erreichen der vereinbarten Leistungs- und Finanzierungsziele zu berichten. Die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses nach Satzung des Jugendamtes und KJHG bleibt unberührt.**

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

8. Umstrukturierung der offenen Jugendarbeit in Berchum und Henkhausen

Herr Strüwer teilt mit, dass in der Jugendhilfeplanung immer über den Einzugsbereich Halden, Berchum und Henkhausen/Reh gesprochen worden sei. Inzwischen habe sich eine Verlagerung in Richtung Reh/Henkhausen ergeben. Wünschenswert sei aber auch Jugendarbeit in Halden. Die CDU-Fraktion bitte daher die Bezirksjugendpflege in diesem Bereich, sich mit den kirchlichen Trägern und Vereinen zusammzusetzen um einzelne Angebote zu finden.

Herr Schledorn stimmt dem zu.

Herr Goldbach erklärt, Lösungsmodelle für Halden seien der Vorlage beigelegt. Diese seien aber nicht finanzierbar. Wenn andere Wege der Beteiligung, z.B. mit den

Kirchen gefunden würden, könne er das nur unterstützen. Finanzmittel stünden nicht zur Verfügung.

Frau Wolff stellt folgenden Beschlussvorschlag zu Abstimmung:

Sobald bei der Stadt Hagen die Personalkosten für das derzeitige Angebot im Jugendzentrum Berchum entfallen, wird auf Grundlage der beigefügten Angebote der Träger folgende Neuregelung umgesetzt:

Das Jugendzentrum Berchum wird in Trägerschaft der Ev. Schülerarbeit betrieben. Unter Berücksichtigung eines 10%-igen Eigenanteils sowie der unveränderten Gebäudebereitstellung und –unterhaltung erhält der Träger hierfür eine Zuwendung von 30.000 € jährlich.

In den Räumen der Ev. Lutherischen Kirchengemeinde in Henkhausen wird in Trägerschaft des Kirchenkreises Iserlohn offene Kinder- und Jugendarbeit in einem Umfang von 12 Wochenstunden angeboten. Hierfür erhält der Träger eine Zuwendung von 21.500 €.

Abstimmungsergebnis: - einstimmig -

9. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

Frau Wolff bittet um Mitteilung, aus welchen Gründen der Schulhof in der Franzstraße geschlossen sei. Die Antwort wird dem Protokoll beigefügt.

Ende der Sitzung um 18.40 Uhr.

Vorsitzende

Schriftführerin

Gesehen:

Fachbereichsleiter